

Vorlage Nr. IV – S 38/2025

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule.

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2
-----------------------------------	-----------	-------------------

Machbarkeitsstudie zur Phase Null – Campus Neue Grundschule Lehe und Schule am Ernst-Reuter-Platz

A Problem

Der Schulneubau der Neuen Grundschule Lehe wurde auf dem Stadtteilsportplatz neben der Schule am Ernst-Reuter-Platz errichtet (siehe Magistratsvorlage Nr. IV – 1/2022). Somit hätte ein gemeinsamer Campus der Neuen Grundschule Lehe und der Schule am Ernst-Reuter-Platz avisiert werden können, um die Platzbedarfe beider Schulen hinsichtlich der notwendigen Vierzügigkeit decken zu können. Die Schüler/innenzahlprognose verdeutlicht weiterhin, dass insbesondere im Stadtteil Lehe Kapazitäten in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I zu schaffen sind. Aufgrund begrenzter Flächen des Schulgeländes verlangte die Erweiterung beider Schulstandorte ursprünglich eine Ausweitung des künftigen Campusgeländes (Philips-Field).

B Lösung

Für die Umsetzung des Bauvorhabens bedurfte es einer Machbarkeitsstudie (vgl. Vorlagen Nr. IV – S 5/2022 und IV – 46/2023). Darin werden unter pädagogischen Prämissen die baulichen Anforderungen an eine Schule für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die erforderlichen baulichen Veränderungen für eine Erweiterung von einer dreizügigen zu einer vierzügigen Schule berücksichtigt. In der Machbarkeitsstudie werden, nach einer baulichen Bestandsaufnahme des Bestandsgebäudes, die erforderlichen Kosten für die baulichen Veränderungen ermittelt. Beide Schulen werden als Standorte für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geführt. Ebenso bietet ein Campus die Möglichkeit einer gemeinsamen Nutzung von Flächen beider Schulstandorte (inkl. Sporteinrichtungen und Essensversorgung), welche sich an der gemeinsamen pädagogischen Ausrichtung orientiert. Der Mittelbedarf für die Durchführung der Machbarkeitsstudie „Campus Ernst“ umfasste 200.000 Euro. Die Vergabe der Leistung erfolgte durch die STÄGRUND. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des schulischen Gesamthaushaltes 2023. Die Machbarkeitsstudie ist dieser Vorlage angehängt und wurde am 21.10.2024 der Öffentlichkeit vorgestellt. Für die Umsetzung des Vorhabens ist ein mittlerer, zweistelliger Millionenbetrag nötig. Da hierfür keine Finanzierung vorliegt, wird die Umsetzung zunächst nicht weiterverfolgt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen

Mit der Absage an die Umsetzung des avisierten Campus-Vorhaben hat der Beschlussvorschlag insoweit personalwirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen, als dass die Mittagsversorgung der Neuen Grundschule Lehe ab Herbst 2025 nicht langfristig gesichert ist. Die Mobilbauten der NGL sind im Zuge des Einzugs in den Neubau zum 17.11.2025 nicht mehr für Mensazwecke nutzbar. Eine Auslagerung der Grundschulkinder in die Mensa der Schule am Ernst-Reuter-Platz ist durch die gebundene Ganztagsform der Oberschule und dem daraus resultierenden Anspruch auf eine Mittagsversorgung nicht möglich. In diesem Zuge ist zwingend die Nachnutzung der Mobilbauten in der Werfstraße notwendig. Alternative Standorte für die Essensversorgung sind hinlänglich geprüft worden. Es gibt keine Alternativen. Die Kosten für die Mittagsversorgung und die Nachnutzung der Mobilbauten in der Werfstraße werden derzeit in separaten Verfahren geprüft und teils dem Magistrat vorgelegt.

Die Vorlage hat weder klimaschutzzielrelevante noch geschlechtsspezifische Auswirkungen oder Auswirkungen für ausländische Mitbürger/innen.

Menschen mit Behinderung sind betroffen, da die Schulen jeweils auf die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen ausgerichtet sind. Die Schule am Ernst-Reuter-Platz wird durch die Absage an die Umsetzung des Campus-Vorhabens nicht umfänglich barrierefrei ausgebaut. Besondere Belange des Sports sind durch den Wegfall möglicher Ausbaukapazitäten auf dem Philips-Field mittelfristig zu berücksichtigen.

Eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegt nicht vor.

Beteiligung

Keine.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird durch das Dezernat IV sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beschließt, das Vorhaben auf Grund der fehlenden Finanzierung zunächst nicht weiter zu verfolgen.

Prof. Dr. Hilz

Stadtrat